

Beschluss

Abschiebezentrum am BER verhindern!

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 07.05.2022

Tagesordnungspunkt: 3.4. Weitere Anträge

Antragstext

1 Das vom brandenburgischen Innenministerium geplante Ein- und Ausreisezentrum am
2 BER soll 2025 in Betrieb genommen werden.

3 **EKLATANTER ETIKETTENSCHWINDEL**

4 Der Prozess der Entstehung und Planung ist bis heute von eklatanter
5 Intransparenz bestimmt. So erfuhr das Brandenburgische Parlament erst nach der
6 Presse von diversen Entwicklungen. Es wurden Tatsachen am Landtag vorbei
7 geschaffen und öffentlich falsch dargestellt. Anders als zunächst vom CDU-
8 geführten Ministerium für Inneres behauptet, soll sich das Zentrum nicht primär
9 mit Einreisen, sondern vielmehr mit Ausreisen und Abschiebungen befassen. Die
10 Vermutung liegt nahe, dass hier nicht, wie von Innenminister Michael Stübgen
11 (CDU) behauptet, ein Ein- und Ausreisezentrum, sondern viel eher ein
12 Abschiebezentrum gebaut werden soll. Von diesem Abschiebedrehkreuz sollen
13 voraussichtlich nicht nur Menschen aus Brandenburg, sondern auch aus weiteren
14 Bundesländern abgeschoben werden. Das Projekt ist ein undemokratischer
15 Etikettenschwindel.

16 **GEFAHR DER ABSCHIEBEHAFTANSTALT**

17 Die rot-schwarz-grüne Koalition ist nicht geschlossen gegen den Bau von
18 Abschiebehaftanstalten und schließt dies auch im Koalitionsvertrag nicht aus.
19 Stattdessen steht dort, dass die Parteien „weitere Maßnahmen beraten“ werden,
20 wenn „...dokumentiert keine Kapazitäten mehr [für Abschiebehaft] zur Verfügung
21 stehen“ sollten.

22 Wir begrüßen jedoch die klare Haltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg,
23 welche den Neubau oder die Benutzung einer Abschiebehaftanstalt entschieden
24 ablehnen. Dennoch könnte sich nach den Landtagswahlen 2024 die Ausgangslage
25 drastisch ändern und die Nutzung des Ein- und Ausreisezentrums als
26 Abschiebehaftanstalt realisiert werden. Dazu darf es auf keinen Fall kommen! Es
27 gilt daher bereits jetzt alle Entwicklungen kritisch zu beobachten und die
28 zukünftige Benutzung von geplanten Gebäuden am BER als Abschiebehaftanstalten
29 unmöglich zu machen.

30 **MANGELNDE TRANSPARENZ**

31 Bis heute gibt es keine öffentlich zugänglichen Pläne, die den Bau und die
32 geplante Nutzung des Ein- und Ausreisezentrums transparent machen. Die bisherige
33 Haltung des CDU geführten Innenministeriums lässt auch nicht auf einen
34 plötzlichen Gesinnungswandel hoffen. Wir fordern daher endlich maximale
35 Transparenz für die Öffentlichkeit, umfassende Einblicke in die laufenden

36 Verhandlungen für die Abgeordneten des Landtags und eine regelmäßige
37 Stellungnahme des Innenministeriums, welche im Zweifel auch durch
38 parlamentarische Anfragen durchgesetzt werden muss.

39 **UNKLARE FINANZIERUNG**

40 Die zukünftigen Kosten des Zentrums für Kommune, Land und Bund sind bisher nicht
41 bekannt, werden jedoch auf mehrere Millionen Euro geschätzt. In einem
42 Landeshaushalt, der ohnehin knapp bemessen ist, darf kein Platz für
43 parteipolitische Profilierungsfantasien eines Innenministers sein, der sich
44 bereits im Wahlkampf wähnt. In Brandenburg wird jeder Euro gebraucht - für die
45 Aufnahme von Schutzsuchenden, soziale Gerechtigkeit, den Ausbau der
46 Erneuerbaren, einen besseren ÖPNV Anschluss auf dem Land, gut ausgestattete
47 Schulen und vieles mehr. Stattdessen plant das Innenministerium das knappe
48 Budget dafür einzusetzen, menschenunwürdige Abschiebungen noch "effizienter" zu
49 gestalten.

50 Pikant ist zudem, dass ein privater, wegen Schmiergeldzahlungen vorbestrafter
51 Investor, mit dem Bau beauftragt wird. Dieser verfolgt einzig und allein das
52 Ziel, Gewinne zu erwirtschaften. Da es sich hier um eine intransparente
53 Investition von Steuergeldern handelt, ist davon auszugehen, dass der
54 Brandenburger CDU ideologische Motive wichtiger sind als eine
55 verantwortungsvolle Finanzpolitik. Das wird auch deutlich, indem Innenminister
56 Stübgen (CDU) im Innenausschuss erklärt, der Grund für die Auftragsvergabe an
57 den Investor sei eben, dass dieser das einzige Grundstück besäße, welches für
58 den Bau in Frage käme und ein Verkauf an das Land für den Investor nicht zur
59 Debatte stehe.

60 Wir fordern die vollständige Offenlegung von Vereinbarungen, Planungen,
61 Verträgen und Partner*innen, welche die Finanzierung des geplanten Ein- und
62 Ausreisezentrums betreffen.

63 **Abschiebezentrum? Nicht mit uns!**

64 Mit einem Abschiebezentrum gießt die Landesregierung menschenunwürdige
65 Strukturen deutscher Asylgesetzgebung in Beton. Sie werden verankert in einem
66 Gebäudekomplex, der das Land mehrere Millionen Euro kosten wird, welche an
67 anderer Stelle fehlen. Die GRÜNE JUGEND macht deutlich: Kein Mensch ist illegal!
68 Für uns steht fest, dass Gesetze, die Abschiebungen vorsehen, menschenunwürdig
69 sind. Das Konkretisieren dieser menschenunwürdigen Praktiken in Form eines
70 Abschiebezentrums oder ähnlicher Gebilde, die für Abschiebungen dienlich sind,
71 wie es das CDU-geführte Innenministerium plant, müssen verhindert werden.
72 Deshalb werden wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg Demonstrationen und Aktionen,
73 die sich gegen das Abschiebezentrum und gegen Abschiebungen selbst richten,
74 unterstützen und auch organisieren. Egal wo & egal wann! Wir sind solidarisch
75 mit allen Initiativen und Bündnissen, welche sich gegen Abschiebungen im
76 Allgemeinen, sowie gegen den Bau des Abschiebezentrums einsetzen.

77 Die aktuelle Krise macht deutlich: Statt eines "Behördenzentrums" braucht es ein
78 Willkommenszentrum am BER. Ein Zentrum, an dem Menschen ankommen können und
79 sollen. Ein Zentrum, das nicht das Symbol einer menschenunwürdigen Asylpolitik,
80 sondern das Symbol für eine solidarische Gesellschaft ist, in der alle
81 schutzsuchenden Menschen willkommen sind.